64. Jahrgang. № 335. Montag, 30. August 1920.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zutragung monatl. 6,50 M., vierteljährl. 19,50 M., durch d. Post bei tägl. zweimal. Versand monatl. 6 M., vierteljährl. 18 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Geschäftsstelle und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 10 365 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Plätten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Feinstes Tafelöl „Goldtropfen" wieder zu haben.
Ges. gesch. Vielfach prämiiert
Lieferung frei Haus, auch außerhalb.
Otto Hollack, Gerokstr. 16 Tel. 20634.

Osram-Haus, Ruhland & Co.
Beleuchtungskörper, Seidenschirme
Klub- und Schreibtischlampen
Osram-Lampen / Kochapparate / Gas-Glühkörper
Liliengasse, Ecke Röhrhofsgasse 15, 5 Minuten vom Postplatz.

Deutsch-polnische Einigung in Oberschlesien.

Ein Aufruf der Parteien und Gewerkschaften

Beuthen, 28. Aug. Die Vertreter der deutschen und der polnischen politischen Parteien und Gewerkschaften haben heute einen Aufruf unterzeichnet, in dem es heißt: „An das oberschlesische Volk! Genug des Blutes und des Schreckens! Die Vertreter der deutschen und der polnischen Sache haben sich zusammengefunden, um unserem Volke Ruhe, Frieden und ungestörte Arbeit wiederzugeben. Jeder Terror gegen Andersdenkende hat zu unterbleiben. Insbesondere ist jede Einwirkung durch Gewalttätigkeit oder Drohung in Arbeitsbetrieben oder im Privatleben, jeder Zwang wegen Zugehörigkeit zu einer politischen oder wirtschaftlichen Organisation untersagt. Jeder Mißbrauch der Amtsgewalt oder Stellung als Vorgesetzter hat zu unterbleiben. Zur Ueberwachung der Durchführung dieser Vereinbarungen soll für das deutsche Abstimmungsgebiet die paritätische Kommission aus Deutschen und Polen unter Vorsitz eines Vertreters der interalliierten Kommission gebildet werden. Laßt darum ab von allen Gewalttaten, legt die Waffen nieder, kehrt zu Eurem Tagewerk zurück!" An erster Stelle unterzeichnet für die Deutschen: Dr. Urbanek und Pfarrer Ulitzka. Für die Polen: Korfanty.

Immer noch Unruhen in Oberschlesien.

Berlin, 28. Aug. Die Unruhen in den oberschlesischen Kreisen Groß-Strehlitz und Oppeln nehmen weiter zu. Es fanden neue Kämpfe zwischen polnischen Banden und der Sicherheitspolizei um den Ort Malapane statt. Den Insurgenten wurden ein leichtes Maschinengewehr und Dumdum-Geschosse abgenommen. Mehrere Banditen wurden verhaftet und ins Oppelner Kreisgefängnis übergeführt. (W. T. B.)

Aus Kattowitz wird dem „Berl. Lokalanz." gemeldet: Angesichts der Meldungen und Zeitungsnotizen, die seit gestern von einer vorläufigen Beilegung der kritischen Lage in Oberschlesien zu sagen wissen, sei mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß nach wie vor von allen Seiten neue Meldungen über Handstreiche und Uebergriffe der Polenbanden hier einlaufen. Es wäre gefährlich und für die deutsche Sache verhängnisvoll, zu früh an eine Beilegung des Aufstandes glauben zu wollen. Verhandlungen jeder Art sind ohne praktischen Wert, so lange die Sokols und der polnische Janhagel das Gewehr in der Hand tragen.

Einstellung der Tätigkeit des französischen Konsulats in Breslau.

Berlin, 28. Aug. Infolge der Breslauer Vorgänge hat das dortige französische Konsulat seine Tätigkeit eingestellt. Nunmehr müssen sich deutsche Reichsangehörige, die sich ins Abstimmungsgebiet begeben wollen, wegen des Paßvisums an das französische Konsulat in Berlin oder an ein anderes französisches Konsulat wenden. Französische Konsularbehörden befinden sich außer in Berlin noch in Bremen, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe und Mainz. (W. T. B.)

Eine Kundgebung der Berliner Oberschlesier.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Aug. Die angekündigte Massenkundgebung der Oberschlesier Groß-Berlins, die am heutigen Sonntag nachmittag im Lustgarten stattfand, nahm einen ebenso würdigen wie machtvollen Verlauf. Aus allen Gegenden der Stadt kamen zur festgesetzten Stunde die Vereinigungen der heimattreuen Oberschlesier größtenteils in Begleitung von Frauen und Kindern nach dem Lustgarten. An die aufziehenden Demonstranten wurden viele weiß-gelbe Papierfähnchen verteilt, so daß der weite, von mindestens 50- bis 60 000 Menschen gefüllte Platz sehr bald in den schlesischen Farben prangte. Plötzlich um 3 Uhr setzten an etwa acht Stellen des Lustgartens die Redner ein. Da es sich bei dieser Kundgebung um eine rein deutsche Angelegenheit handelte, hatten sich hervorragende Parlamentarier, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen, zur Verfügung gestellt. So bemerkte man den Reichstagsabgeordneten Laverrenz, den Demokraten Riedel und den Mehrheitssozialisten Ernst Heilmann. Großen Zulauf hatte auch der Redner der Deutschen Volkspartei Benthin. Ferner sprachen unter großem Beifall Abgeordneter Herschel, Pfarrer Windolph und Professor Knötel. Ueberall wurde eine Entschließung angenommen, in der die restlose Entwaffnung der polnischen Banden, schärfste Ahndung der begangenen Verbrechen und Ausweisung strafrechtlich nicht faßbarer, aber geistig mitschuldiger Urheber, besonders der bekannten polnischen Führer, gefordert wird. Weiter wird die Wiederherstellung der Ordnung und die Gewährleistung der Arbeitsmöglichkeit für die schlesischen Arbeiter und die Behörden verlangt. Schließlich heißt es in der Entschließung: Wir halten die Wiederkehr von Ruhe und Ordnung, sowie eine auf dem freien Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung aufgebaute Abstimmung nur dann für möglich, wenn die französische Besatzung Oberschlesiens abgelöst und durch Truppen der anderen in Oberschlesien vertretenen alliierten Mächte ersetzt wird. Nach Beendigung der offiziellen Reden entwickelte sich programmmäßig ein riesenhafter Demonstrationszug, der sich in musterhafter Ordnung die Linden entlang durch die Charlottenstraße bis zum Belle-Allianceplatze bewegte, wo sich die Züge dann ohne jeden Zwischenfall auflösten.

Der Generalstreik in Württemberg.

Stuttgart, 28. Aug. In Stuttgart ist es bis heute nicht zu Ausschreitungen gekommen; dagegen wurde heute morgen von 100 Daimler-Arbeitern versucht, den Bahnhof in Untertürkheim zu besetzen. Die Beamten wurden an der Ausübung ihres Dienstes verhindert. Der Bahnhof wurde von der Polizeiwehr gesäubert und durch Verkehrswehr dauernd im Besitz genommen. In dem Orte Korntwestheim wurde durch Arbeiter der Firma Siegle der Bahnhof gestürmt; durch Mitglieder der Einwohner- und Verkehrswehr mit Hilfe eines Panzerzuges wurde der Bahnhof jedoch wieder besetzt und die Haupträdelsführer gefangengenommen. Im Lande ist in Heilbronn von heute nachmittag 2 Uhr an der verschärfte Generalstreik in Kraft getreten; in Reutlingen soll er am Montag früh beginnen. In Ravensburg ist der Generalstreik zwar proklamiert, aber nicht durchgeführt worden; in den Betrieben des Luftschiffbaues Zeppelin in Friedrichshafen wurde der Generalstreik abgelehnt. In Stuttgart und Eßlingen haben die Eisenbahnbetriebsarbeiter mit überwiegender Mehrheit den Generalstreik abgelehnt. In den übrigen Städten wurde in den Betrieben heute ungestört gearbeitet. Die ausgesperrten Arbeiter haben versucht, auch die Eisenbahner in den Generalstreik hineinzuziehen; die Versuche sind aber an dem festen Willen der Verkehrsbeamten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Betrieb aufrechtzuerhalten, gescheitert.

Die Ausgesperrten haben heute nachmittag durch eine Abordnung des Aktionsausschusses der Regierung schriftlich ihre Forderungen vorgelegt. Sie haben darauf schriftlich die Antwort erhalten:

„Die Regierung verlangt bedingungslose Anerkennung des gesetzlich vorgeschriebenen Steuerabzuges vom Lohn. Vor dieser Anerkennung ist eine Zurückziehung der Polizeiwehr und Wiedereröffnung der geschlossenen Betriebe ausgeschlossen. Die Arbeitnehmer haben in den stillgelegten Betrieben den den Arbeitnehmern gesetzlich auferlegten Steuerabzug durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt verhindert. Sie haben dadurch einen gesetzlichen Grund zur sofortigen Entlassung durch die Arbeitgeber geschaffen. Die Streikenden haben ohnehin keinen Anspruch auf Lohn während der Streiktage. Die Regierung vermag daher die Forderung auf Erstattung des Lohnausfalles nicht anzuerkennen."

General Wrangel und die Kosaken.

Offiziell wird aus Sebastopol gemeldet, daß General Wrangel einerseits und die Vertreter der Don-, Kuban-, Terek- und Astrachankosaken andererseits einen Vertrag folgenden Inhalts abgeschlossen haben: Die Kosakengebiete von Don, Kuban, Terek und Astrachan erhalten vollkommene Autonomie. Der Oberbefehlshaber der bewaffneten Kräfte in Südrußland, General Wrangel, übernimmt das Oberkommando sämtlicher bewaffneten Kräfte der obenerwähnten Kosakengebiete, sowohl in der Leitung der militärischen Operation, als auch in der Organisation der Armee. Sämtliche Hilfsmittel, sowohl Nahrungsmittel, als andere, welche für die gegen die Bolschewiken kämpfenden Truppen notwendig sind, werden von den Kosakengebieten dem Oberbefehlshaber zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung der Eisenbahnen und der wichtigsten Telegraphenlinien wird dem Oberbefehlshaber unterstellt. Die Verhandlungen mit fremden Mächten und der Abschluß von Verträgen mit ihnen, sei es auf rein politischem oder auf wirtschaftlichem Gebiet, werden vom Oberbefehlshaber geführt. Sämtliche Zollgrenzen zwischen den Gebieten, die diesen Vertrag abschließen, werden abgeschafft. In all diesen Gebieten werden dieselben indirekten Steuern erhoben, ebenso gilt in ihnen dieselbe Münzeinheit. Das Recht der Notenausgabe gehört dem Oberbefehlshaber. Der gegenwärtige Vertrag tritt nach der Unterzeichnung in Kraft, vorbehaltlich seiner Bestätigung durch die Parlamente der Kosakengebiete. Der Vertrag soll während der ganzen Dauer des Bürgerkrieges bis zu seinem Ende in Kraft bleiben.

Die Bolschewisten am Schwarzen Meer.

London, 28. Aug. Nach einer Meldung der „Times" aus Teheran erhielten die Bolschewisten von Baku bedeutende Verstärkungen und sind in Enfeli gelandet. Die englischen Verbindungen mit Mesopotamien sind alle unterbrochen. (W. T. B.)

Die russisch-polnischen Verhandlungen.

Stockholm, 28. Aug. Infolge der schlechten Verständigungsmöglichkeit zwischen Minsk und Warschau haben die russischen Behörden beantragt, den Sitz der Verhandlung in ein neutrales Land zu verlegen. Es scheint, daß die Russen sich dieserhalb bereits mit der polnischen Regierung ins Benehmen gesetzt haben.

Von London wird gemeldet, Tschitscherin habe die polnische Regierung gebeten, die weiteren Verhandlungen in einer Stadt Estlands abzuhalten.

Die deutsch-englische Ernährungskonferenz.

Der Reichsernährungsminister Dr. Hermes ist mit Geheimrat Merz, der ihn begleitet hatte, von der Konferenz in London zurückgekehrt. Die ursprüngliche Absicht, eine gemeinsame Konferenz der alliierten Mächte und Deutschlands zu veranstalten, hatte infolge unvorhergesehener Umstände in letzter Stunde nicht verwirklicht werden können. Trotzdem hatte die englische Regierung die Einladung an die deutsche Regierung zu der Londoner Zusammenkunft aufrechterhalten in der Erwägung, daß eine gemeinsame Aussprache zwischen dem englischen und deutschen Ernährungsministerium über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage Deutschlands von Vorteil sein würde. Dieser englisch-deutschen Ernährungskonferenz, die unter dem Vorsitz des englischen Ernährungsministers Mac Curdy stattfand, und an der auch der deutsche Botschafter Senator Sthamer teilnahm, wohnten auch Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens zu informatorischen Zwecken bei.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen veröffentlicht die zuständige Stelle den nachstehenden Bericht: Minister Mac Curdy eröffnete die am 24. August abgehaltene Besprechung mit einer Begrüßung für die Erschienenen, worauf Reichsminister Dr. Hermes sich in längeren Darlegungen über die gegenwärtige Ernährungslage der deutschen Bevölkerung ausließ und die Einfuhrnotwendigkeiten Deutschlands darlegte. Er wies unter anderem darauf hin, daß das deutsche Volk und besonders die Bergarbeiter alles daran setzten, um die im Spaer Abkommen eingegangenen Verpflichtungen zur Kohlenlieferung restlos zuerfüllen. Trotz des völlig unbefriedigenden Ernährungszustandes habe die deutsche Bergarbeiterschaft durch freiwillig übernommene Mehrarbeit es bewirkt, daß die Kohlenablieferungen den Anforderungen entsprächen. Die deutsche Arbeiterschaft sei aber jetzt am Ende ihrer Kräfte, und es sei daher eine Besserung der Ernährung unerläßlich. Diese Verbesserung sei ebenso wie diejenige der übrigen deutschen Bevölkerung nur möglich durch eine wesentliche Verstärkung der Nahrungsmittelzufuhr aus dem Ausland. Diese habe aber ihrerseits zur Voraussetzung die schleunigste Bereitstellung der in Ziffer VI des Anhangs zum Protokoll der Konferenz von Spa vom 16. Juli 1920 festgesetzten Vorschüsse durch die alliierten Mächte, und zwar zu Bedingungen, die eine dauernde Hebung des Ernährungsniveaus des deutschen Volkes gestatten. Der fortwährende Wechsel zwischen einer geringen Verbesserung der Ernährung und völliger Unterernährung erklärte den stark nervösen und krankhaften Zustand, unter dem das deutsche Volk nach wie vor leide, durch den seine Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit sehr beeinträchtigt und auf die Dauer die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen unmöglich gemacht werde. Die für Deutschland notwendige Unterstützung seitens der Alliierten liege daher auch in deren eigenem Interesse.

Minister Mac Curdy würdigte vollkommen die vom Reichsminister Dr. Hermes dargelegten Schwierigkeiten und erklärte sich auf Wunsch des Reichsministers Dr. Hermes bereit, auf die beschleunigte Regelung der Frage der Vorschüsse durch die Reparationskommission, zu deren ausschließlicher Zuständigkeit diese Frage gehört, hinzuwirken. Die weitere Aussprache über die nächsten Einfuhrbedürfnisse Deutschlands wurde von Reichsminister Dr. Hermes mit der grundsätzlichen Darlegung eingeleitet, daß Deutschland neben der Einfuhr von Nahrungsmitteln auch auf diejenige von Rohstoffen für die Landwirtschaft Gewicht legen müsse. Die Sicherung der Ernährung Deutschlands für die Zukunft müsse in erster Linie auf der heimischen Erzeugung beruhen, deshalb müsse diese mit allen Mitteln gefördert werden. Diese Auffassung wurde von den Vertretern des englischen Ernährungsministeriums durchaus anerkannt.

Anschließend wurde dann Auskunft gegeben über die Lage auf den wichtigsten Gebieten der deutschen Ernährungswirtschaft. Eine eingehende Besprechung hierüber erfolgte am zweiten Tage der Konferenz innerhalb kleinerer, aus Vertretern der beiden Ministerien und Sachverständigen gebildeten Kommissionen.

Verbot der Kohlenlieferung an das Reich.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg." von authentischer Seite erfährt, hat die interalliierte Kommission die Anordnung getroffen, daß Kohlenlieferungen aus Oberschlesien an das Reich, mit Ausnahme der polnischen Staatseisenbahn, nicht mehr erfolgen dürfen. Deutschland hat somit die vollen Folgen für den diesjährigen polnischen August-Aufstand zu tragen.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

London, 28. Aug. (Reuter.) Die Abstimmung der Bergarbeiter über die Frage des allgemeinen Streiks ist so gut wie beendet. Die endgültigen Ergebnisse werden auf der allgemeinen Bergarbeiterkonferenz in London am 2. September bekanntgegeben. Die Abstimmung hat anscheinend die notwendige Zweidrittelmehrheit zugunsten des Streiks ergeben. Wenn der Dreibund keine Schritte für eine friedliche Beilegung unternimmt, erwartet man, daß die Leitung der Gewerkschaften sich bemühen wird, eine Krise zu verhindern. (W. T. B.)

Der Vollzugsausschuß des Sozialdemokratischen Bundes (früher Nationale Sozialistenpartei) hat eine Entschließung angenommen, in der mit größtem Nachdruck gegen einen Massenstreik oder Generalstreik protestiert wird, der notwendigerweise Elend und Entbehrung über die ganze Bevölkerung bringen und zu Anarchie und Bürgerkrieg führen müsse. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.